

**Niederschrift  
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Geest und Marsch  
Südholstein (öffentlich)**

**Sitzungstermin:** Montag, den 15.05.2017

**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr

**Sitzungsende:** 21:11 Uhr

**Ort, Raum:** Dörpshus Neuendeich, Schadendorf 8, 25436  
Neuendeich

**Anwesend sind:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Ba-	CDU	
naschak		
Herr Dirk Behnisch	SPD	
Herr Jörg Behrmann	CDU	
Herr Frank Büchner	SPD	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB	
Herr Werner Fitzner	FDP	
Herr Herwigh Heppner	FWH	
Herr Bürgermeister Rolf Herrmann	CDU	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Herr Uwe Hüttner	CDU	ab 19.10 Uhr
Herr Ernst-Heinrich Jürgensen	SPD	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Gunter Kuchler	FWH	
Herr Walter Lorenzen	SPD	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	
Herr Hans Martens	SPD	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	
Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet	SPD	
Herr Michael Rahn-Wolff	FW	ab 19.04 Uhr
Frau Bürgermeisterin Monika Riekhof	CDU	
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	Vorsitzender
Herr Horst Schaper	CDU	
Herr Jörg Schneider	Bündnis	
90/Die Grünen		
Herr Dr. Helmut Schübbe	CDU	
Herr Dr. Boris Steuer	SPD	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	
Herr Sören Weinberg	CDU	

Gäste

Zuhörer

3

Presse

Wedel-Schulauer Tageblatt

Herr Stolzenberg

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Verwaltung

Herr René Goetze

Personalrat

Herr Rainer Jürgensen

Amtsleiter

Frau Christine Neermann

Gleichstellungsbeauftragte

**Entschuldigt fehlen:**

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Uwe Schölermann

CDU

Herr Dietmar Voswinkel

SPD

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 02.05.2017 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 11 und 12 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Als neuer TOP 3 wird eingefügt: „Ehrungen“

Als neuer TOP 9 wird eingefügt: „Erweiterung der Müllverbrennungsanlage der EBS Stade GmbH auf dem Bützflether Sand“

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

**Tagesordnung:**

**Vorstellung der Gemeinde**

1. Bericht des Amtsdirektors
2. Bericht des Amtsvorstehers

3. Ehrungen
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
6. Prüfung der Jahresrechnung 2016 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt  
Vorlage: 0021/2017/AMT/BV
7. Neufassung der Satzung über die Benutzung der Betreuungsschule und die Erhebung von Benutzungsgebühren  
Vorlage: 0013/2017/AMT/BV
8. Sachstand Amtshaus
9. Erweiterung der Müllverbrennungsanlage der EBS Stade GmbH auf dem Bützflether Sand
10. Verschiedenes
13. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

### **Protokoll:**

#### **Vorstellung der Gemeinde**

Herr Pliquet stellt kurz die Gemeinde und die aktuellen kommunalpolitischen Themen vor. Im Anschluss an diese Vorstellung erläutert Herr Pliquet seinen Unmut über die Tatsache, dass Inhalte aus den nichtöffentlichen Sitzungsteilen der letzten Sitzung des Hauptausschusses an die Presse gelangt sind. Dies sei so nicht hinnehmbar und die Presse müsse sich auch hinterfragen, ob es würdevoll sei, so etwas aufzugreifen und unbedingt veröffentlichen zu wollen.

Im Anschluss wird die Sitzung von 19.11 Uhr bis 19.23 Uhr für einen Imbiss unterbrochen.

#### **zur Kenntnis genommen**

#### **zu 1 Bericht des Amtsdirektors**

Bevor der Amtsdirektor berichtet, bittet Herr Reißler zu Ehren der Verstorbenen Helmuth Kruse und Herbert Ehlers für eine Gedenkminute inne zu halten. Herr Reißler nennt die kommunalpolitischen Werdegänge beider ehemaligen Mitglieder des Amtsausschusses und würdigt insbesondere auch die Verdienste von Herrn Ehlers als Amtsvorsteher.

Anschließend berichtet Herr Jürgensen gemäß **Protokollanlage 1**.

Herr Rahn-Wolff erklärt anschließend zur Weitergabe von nichtöffentlichen Informationen an die Presse, dass grundsätzlich Pressefreiheit bestehe und dass sich aus der Pressefreiheit auch ein Zeugnisverweigerungsrecht ergebe. Aber auch ein Journalist sollte abwägen, ob derartige Dinge wirklich veröffentlicht werden sollten, zumal die Wahrhaftigkeit wohl nicht gegeben sei. Es gebe auch die Pflicht eines Journalisten, die Inhalte auf Echtheit zu prüfen. Herr Neumann und Herr Jürgensen erklären, dass sie beide nach der Sitzung nicht befragt wurden.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 2 Bericht des Amtsvorstehers**

Herr Reißler teilt mit, dass er nichts zu berichten hat.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 3 Ehrungen**

Herr Reißler ehrt Herrn Jörg Behrmann für seine 10-jährige Mitgliedschaft im Amtsausschuss und Herrn Karl-Heinz Weinberg für seine 35-jährige Mitgliedschaft im Amtsausschuss. Beiden überreicht Herr Reißler eine Ehrenurkunde und dazu Herrn Behrmann ein Weinpräsent und Herrn Weinberg Zigarren.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 4 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 5 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung**

Zur Niederschrift der Sitzung des Amtsausschusses vom 02.02.2017 liegen keine Einwendungen vor.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 6 Prüfung der Jahresrechnung 2016 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt**  
**Vorlage: 0021/2017/AMT/BV**

Herr Jürgensen berichtet über den Jahresabschluss 2016 gemäß **Protokollanlage 2**. Der Jahresabschluss müsse als der schlechteste seit Jahren bezeichnet werden. Letztendlich sei das eingetreten, was im Rahmen des 1. Nachtrages zum Haushalt 2016 beschlossen bzw. vorhergesagt wurde.

Herr Fitzner erläutert, dass die Prüfung des Jahresabschluss ohne nennenswerte offene Fragen oder Probleme geblieben ist. Eine Nachfrage hatte sich bezüglich der Belegung der Unterkünfte mit Flüchtlingen ergeben. Hier sollte laufend der Leerstand überprüft werden. Herr Jürgensen antwortet, dass laufend eine Überprüfung erfolgt und der Ehrgeiz vorhanden ist, die Ausgaben weiter zu reduzieren.

Eine weitere Frage zielt auf den Zeitpunkt der Einführung der Doppik für das Amt ab. Herr Jürgensen erläutert, dass das Amt irgendwann gezwungen sein wird, allein schon wegen der Software, auf die Doppik umzustellen. Voraussetzung soll aber die Erstellung einer Eröffnungsbilanz sein. Für 2020 ist zurzeit eine Umstellung anvisiert.

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt, die Jahresrechnung, die im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 5.040.100,99 € und im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 257.000,00 € abschließt, festzustellen.

**mehrheitlich beschlossen**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 26 Nein: 0 Enthaltung: 2 Befangen: 0**

**zu 7 Neufassung der Satzung über die Benutzung der Betreuungsschule und die Erhebung von Benutzungsgebühren**  
**Vorlage: 0013/2017/AMT/BV**

nach einer kurzen Erläuterung des Sachverhalts durch Herrn Herrmann wird wie folgt beschlossen:

**Beschluss:**

Der Amtsausschuss beschließt den vorliegenden Entwurf der Satzung über die Benutzung und die Erhebung von Benutzungsgebühren und die Einrichtung der Sozialstaffel für die Elternbeiträge der Betreuungsschule an der Grundschule Haseldorf.

**mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis: Ja: 2 Nein: 2 Enthaltung: 24**

## zu 8 Sachstand Amtshaus

Herr Jürgensen wiederholt zunächst den letzten Beschluss des Amtsausschusses zu diesem Thema vom 02.02.2017:

Der Amtsausschuss hatte beschlossen, dass bis zu nächsten Sitzung folgende Ergebnisse durch die Arbeitsgruppe vorzulegen sind:

Für einen Anbau an das bestehende Amtshaus auf dem Grundstück an der Amtsstraße (Fällen des Baumes):

- Vorlage eines Konzeptes zur Umsetzung eines Anbaus, das das Raumkonzept schlüssig und detailliert umsetzt sowie Kosten für den Neubau und notwendige Sanierungsmaßnahmen am bestehenden Gebäudekomplex detailliert aufzeigt und die geforderte Parkplatzfläche darstellt.
- Abwägung aller bau- und naturschutzrechtlichen Vorgaben für einen Anbau. Zur Bereitstellung der notwendigen Parkplatzfläche wird die Gemeindevertretung Moorrege gebeten, eine Aussage über die Verfügbarkeit der Parkfläche an der Amtsstraße zu treffen.  
Die Verwaltung wird eine Beschlussvorlage für die Märzsitzungen des Bauausschusses und der Gemeindevertretung Moorrege fertigen, in der der mögliche Verkauf des Parkgeländes an das Amt GuMS zur Herrichtung von KFZ-Stellflächen thematisiert und der Bürgermeister zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen ermächtigt wird.
- Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der Anbauvariante „Butzlaff und Tewes“ eine Bauvoranfrage an die Bauaufsicht des Kreises Pinneberg zu richten.
- Einbeziehung der Inhalte des vorliegenden Statements des Mitglieds des Amtsausschusses, Georg Plettenberg, in die Prüfung und Bewertung.
- Prüfung möglicher Fördermöglichkeiten und Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung und einer energetischen Betrachtung.
- Ein Architektenwettbewerb unter Einbeziehung mehrerer Architekturbüros ist durchzuführen.

Für die weiterhin geltende Favorisierung eines Neubaus an einer anderen Fläche:

- aufgrund baurechtlicher und verkehrstechnischer Gründe werden die in der Protokollanlage Nr. 3 grün markierten Flächen in die nähere Betrachtung gezogen. Verhandlungen zur Feststellung der Verkaufsbereitschaft sowie zur Kaufpreisermittlung für die Grundstücke sind zu führen.
- Ein Architektenwettbewerb unter Einbeziehung mehrerer Architekturbüros ist durchzuführen, wenn sich der Amtsausschuss auf einer der o.g. Flächen festgelegt hat.
- Prüfung möglicher Fördermöglichkeiten und Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung und einer energetischen Betrachtung sowie Prüfung und Vorlage von Konzepten zur Beteiligung von Dritten.

Zudem wird beschlossen:

- Um den konstruktiven Vorschlag des Mitglieds des Amtsausschusses, Georg Plettenberg intensiv zu betrachten, wird Herr Plettenberg als zusätzliches Mitglied in den durch den Amtsausschuss eingerichteten Arbeitskreis zu gewählt.
- Die Verwaltung wird beauftragt, einen Gutachter mit der Wertermittlung des jetzigen Amtshauses nebst Grundstück zu beauftragen.

Herr Jürgensen berichtet, dass seitens der Verwaltung weiter im Sinne der o.a. Beschlüsse gearbeitet wurde. Die verlangten Gutachten liegen noch nicht in aller Gänze vor. Der Arbeitskreis „Anbau/Neubau Amtshaus“ wird sich nach dem Eingang mit den Gutachten beschäftigen und die Ergebnisse dann dem Hauptausschuss und dem Amtsausschuss vorstellen.

Herr Plettenberg erklärt, dass er bei der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe anwesend war, das Protokoll dazu aber erst 14 Wochen später erhalten hat. Herr Jürgensen und weitere anwesende Mitglieder des Arbeitskreises entgegneten, dass das nicht stimmt. (Hinweis: Das Protokoll zur Sitzung vom 13.02.2017 wurde am 27.02.2017 an alle Mitglieder des Arbeitskreises verschickt.)

Herr Plettenberg verliest anschließend ein persönliches Statement (**Protokollanlage 3**).

Herr Jürgensen erläutert anschließend, zu dem Statement keine Stellung beziehen zu wollen. Er erläutert nur nochmals den Hintergrund, warum das Amt die Bauvoranfrage für einen Anbau unter Berücksichtigung der Anbauvariante „Butzlauff und Tewes“ gestellt hat. Der Amtsausschuss hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, diese Anbauvariante zu wählen, weil bei der Wahl der größten Variante am besten auszuloten sei, wie der Kreis grundsätzlich zu einem Anbau stehe. Hätte der Kreis Ja gesagt, wisse das Amt, dass in einer solchen Größenordnung weiter geplant werden kann. Nun habe der Kreis mitgeteilt, dass ein Anbau in dieser Form wohl nicht möglich wäre und das Amt wisse also, dass der Anbau kleiner zu planen sei. Es sei nirgends festgelegt worden, dass ein Anbau völlig ausscheidet. Alle Vorwürfe, die Verwaltung habe absichtlich so gehandelt, um einen Anbau generell zu vermeiden, seien somit völlig unhaltbar und ohne jede Grundlage. Vielmehr sei sinnvoll und im Sinne der Beschlussvorgabe gehandelt worden, wozu übrigens auch die Mitglieder der CDU aus Moorrege mehrheitlich zugestimmt hatten.

Weiter erwähnt Herr Jürgensen, dass das Raumprogramm während der letzten Sitzung des Arbeitskreises nochmals besprochen und angepasst wurde und Herr Plettenberg diesem in der Sitzung zugestimmt hatte.

Herr Martens erklärt anschließend, dass das Statement vorwiegend nur böartige Unterstellungen beinhalten würde. Außerdem sei der Amtsausschuss wohl nicht bereit, sich erpressen zu lassen. Wenn die Gemeinde Moorrege das Amt verlassen möchte, solle sie das bitte tun.

Herr Fitzner fragt, ob die in dem Raumprogramm genutzte Bezeichnung „Bildschirmarbeitsplätze“ nicht „Mischarbeitsplätze“ lauten müsste. Herr Jürgensen erklärt, dass von Mischarbeitsplätzen gesprochen wird, wenn neben der reinen Bildschirmarbeit noch weitere Tätigkeiten wie Besprechungen, die Sichtung umfangreicher Unterlagen, etc. vorgenommen werden. Dafür seien dann aber auch mehr qm an Mindestgrößen vorzunehmen.

Herr Rahn-Wolff bittet darum, die Prüfung von Zuschussmöglichkeiten weiter zu forcieren. Neben der Prüfung von EU-Mitteln sollte auch der Bereich Barrierefreiheit oder energetische Maßnahmen geprüft werden.

Herr Lütje stellt fest, dass sich das Amt nach wie vor in der Findungsphase befinde. Es stehe weiterhin fest, alle Option gleichwertig nebeneinander zu prüfen. Dazu könne festgestellt werden, dass die Verwaltung bisher richtig und im Sinne der Beschlüsse gehandelt habe. Der in dem Statement von Herrn Plettenberg aufgeworfene Vorwurf, dass immer noch kein Architektenwettbewerb gestartet sei, sei zurückzuweisen. Ein solcher Wettbewerb sei doch erst dann möglich, wenn für alle Varianten alle Informationen zusammengetragen sind. Herr Jürgensen ergänzt, dass bezüglich der Erläuterung, warum noch kein Architektenwettbewerb gestartet wurde, auf die letzte Sitzung des Hauptausschusses verwiesen werden muss. Dort sei alles eingehend erklärt worden.

Mit Zustimmung des gesamten Amtsausschusses wird einem Einwohner das Wort erteilt. Dieser bittet den Amtsausschuss darum, Herrn Plettenberg den Unterschied zwischen Grundfläche und Nutzfläche zu erklären.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

**zur Kenntnis genommen**

## **zu 9 Erweiterung der Müllverbrennungsanlage der EBS Stade GmbH auf dem Bützflether Sand**

Herr Herrmann berichtet über die geplante Erweiterung der Müllverbrennungsanlage der EBS Stade GmbH auf dem Bützflether Sand. Zur Vorgeschichte erläutert Herr Herrmann, dass es im Februar 2008 einen Antrag der Prokon Nord für eine Dampfzentrale in Stade gegeben hat. Der Vorbescheid ergeht im Januar 2008 vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, Einwendungen dazu werden zurückgewiesen. Im Jahre 2009 ging die Prokon insolvent und wurde mit Datum vom 14.11.2016 die dritte Teilgenehmigung inklusive Baugenehmigung erteilt. Der neue Betreiber will aus der Anlage nur elektrische Energie gewinnen. Die ursprüngliche Planung in 2008 sah entsprechende Filteranlagen vor, jetzt ist nur noch eine Filtergruppe geplant. Die Entscheidung zur 3. Teilgenehmigung kann nur noch gerichtlich aufgehoben werden. Es stelle sich nun die Frage, inwieweit die Gemeinden des Amtes bereit wären, ein solches Klageverfahren



mit zu tragen. Wenn sich die Gemeinden beteiligen, die sich bereits einmal gegen ein Vorhaben der Dow Chemical gewandt haben, würden Kosten von rd. 2.000 € je Gemeinde entstehen. Es stehe fest, dass existente Müllverbrennungsanlagen nicht ausgelastet sind. Der einzige Vorteil der geplanten Anlage sei die Nähe eines Hafens. Insofern könne der Verdacht entstehen, dass Müll importiert werden soll. Zu Beginn der Planungen 2007 sei ein Import aus Irland und Australien geplant gewesen. Wenn das wieder so sein sollte, müsse es wohl ein besonderer Müll sein. Die Gemeinden des Amtes Elmshorn-Land seien bereits aktiv geworden.

Herr Neumann sieht die Unterstützung seitens der Gemeinden grundsätzlich positiv. Störend sei dabei, dass es wohl eine Informationsveranstaltung gegeben hat, zu der man nicht geladen wurde. Außerdem stelle sich die Frage, wie z.B. in Uetersen eine Beteiligung gesehen wird. Die Immissionen würden sicherlich nicht an einer Ortsgrenze halt machen.

Herr Rahn-Wolff erklärt, dass der Grund, dass die Gemeinden auf dieser Elbseite nicht beteiligt werden, auf niedersächsischer Seite liegen würde. Es müsse ein Hinweis an den Landkreis Stade ergehen, dass bei solchen Verfahren auch die Gemeinden auf dieser Elbseite zu beteiligen sind.

Herr Steuer sieht ein Problem in der Kurzfristigkeit der Entscheidung über eine Beteiligung. Er bittet darum, unverzüglich alle vorhandenen Unterlagen an die Gemeindevertretungen zu versenden. Herr Neumann ergänzt, dass die Unterlagen schnellstmöglich zur Verfügung gestellt und gesichtet werden sollten. Aufgrund der Betragshöhe können die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch selbst aufgrund ihrer Ermächtigungen in der Hauptsatzung über eine Beteiligung entscheiden.

Herr Herrmann ist der Meinung, dass das Verfahren auch an den Naturschutzbehörden vor Ort vorbei gelaufen ist. Ein Einspruch im Verfahren ist bis zum 06.06.2017 möglich. Die Entscheidung über eine Beteiligung sollte bis zum 30.05. erfolgt sein. Fraglich sei natürlich auch, warum keine wahrnehmbare Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit herrsche.

*Hinweis der Verwaltung: Nach dieser Sitzung des Amtsausschusses wurden die zur Verfügung stehenden Informationen beschafft und sind diesem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt.*

**zur Kenntnis genommen**

## **zu 10      Verschiedenes**

Herr Herrmann spricht die Änderung der Hauptsatzung des Amtes Geest und Marsch Südholstein an. Aufgrund von möglichen Verwechslungen mit anderen Ausschüssen wurde im Hauptausschuss besprochen, die Ausschüsse „Schulausschuss“ und „Ausschuss Amtsbauhof“ umzubenennen. Herr Herrmann schlägt vor, die Ausschüsse künftig „Schulausschuss der

Grundschule Haseldorf im Amt Geest und Marsch Südholstein“ und „Ausschuss zum Amtsbauhof des Amtes Geest und Marsch Südholstein“ zu nennen.

Zur nächsten Sitzung des Amtsausschusses wird eine entsprechende Beschlussvorlage gefertigt.

**zur Kenntnis genommen**

**zu 13 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Herr Reißler informiert die wiederhergestellte Öffentlichkeit über die Beratungsinhalte aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil.

Er bedankt sich anschließend bei allen Anwesenden für die Mitarbeit und schließt um 21.11 Uhr die Sitzung.

**zur Kenntnis genommen**

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.06.2017

---

gez. Walter Reißler

---

gez. Frank Wulff  
Protokollführer